

Pressemitteilung

JAEB warnt vor Mehrbelastung kinderreicher Familien

Jugendamtselternbeirat Münster lehnt Änderungen an der Geschwisterregelung ab

Münster. 22.06.2026 - Der Jugendamtselternbeirat (JAEB) Münster begrüßt die laufende Diskussion über eine Neugestaltung der Elternbeiträge für Kitas, Kindertagespflege und Offene Ganztagschulen aufgrund der Novellierung des KiBiZ. Gleichzeitig warnt die gewählte Interessenvertretung der Eltern davor, notwendige Reformen auf Kosten von Familien, insbesondere solchen mit mehreren Kindern, zu finanzieren.

Hintergrund sind die von der Stadtverwaltung vorgestellten Modelle zur Novellierung der Elternbeitragssatzung. Der JAEB unterstützt das Ziel, Familien stärker zu entlasten und die Beitragsstruktur gerechter und transparenter zu gestalten. Positiv bewertet der Beirat insbesondere die vorgesehene Anhebung der ersten beitragsfreien Einkommensstufe auf 45.000 Euro. Damit würden künftig mehr Familien von einer Beitragsfreiheit profitieren. Klar ist für die Elternvertretung jedoch: Die Reform darf unter dem Strich nicht zu höheren Belastungen für Familien führen.

Besonders kritisch sieht der JAEB deshalb den Vorschlag, die bisherige Geschwisterregelung zu verändern. Nach den Vorstellungen der Verwaltung könnten Eltern künftig auch für die Betreuung ihrer Schulkinder Beiträge zahlen müssen, obwohl bereits Geschwisterkinder in einer Kita oder Kindertagespflege betreut werden.

„Familien müssen sich darauf verlassen können, dass eine Reform der Elternbeiträge nicht zu zusätzlichen Belastungen führt. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern dürfen durch Änderungen an der Geschwisterregelung nicht schlechter gestellt werden“, sagt Marc Schmittka, Vorsitzender des Jugendamtselternbeirats Münster. Für den JAEB wäre eine solche Änderung ein Schritt in die falsche Richtung. Der Beirat spricht sich deshalb dafür aus, die weiteren Beratungen auf Grundlage der Modelle fortzuführen, die ohne eine Verschlechterung der Geschwisterregelung auskommen. Dabei müsse das Ziel sein, Familien insgesamt zu entlasten und das Beitragssystem gerechter und nachvollziehbarer zu gestalten.

Über die aktuelle Reform hinaus fordert der Jugendamtselternbeirat eine langfristige politische Perspektive für Familien. „Bildung muss von Anfang an gebührenfrei sein“, erklärt Schmittka. „Vom Schulbesuch bis zur Hochschule gilt in Deutschland weitgehend der Grundsatz, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Dieser Gedanke sollte perspektivisch auch für die frühkindliche Bildung gelten.“

Dem JAEB sei bewusst, dass die aktuelle Haushaltslage von Bund, Land und Kommunen einen vollständigen Verzicht auf Elternbeiträge kurzfristig kaum zulasse. Dennoch müsse die politische Priorität klar sein. „Wenn wir Familien stärken, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und Menschen die Entscheidung für Kinder erleichtern wollen, dann müssen wir die finanzielle Belastung schrittweise reduzieren – nicht erhöhen“, so Schmittka.

Wie dringlich dieses Umsteuern ist, zeigen die demografischen Rahmenbedingungen: Die Geburtenziffer liegt in Deutschland nunmehr bei besorgniserregenden 1,35 Kindern je Frau. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der sogenannte „Fertility Gap“: Die meisten Menschen in

Deutschland wünschen sich durchschnittlich etwa 1,7 bis 1,8 Kinder, schieben den Kinderwunsch aufgrund äußerer Faktoren wie finanzieller Hürden und unsicherer Betreuungssituationen jedoch so lange auf, bis er in diesem Umfang nicht mehr zu realisieren ist.

Dass kommunale Entlastung machbar ist, zeigen andere Städte: So entlastet die Nachbarkommune Hamm Familien massiv bei den Beiträgen, während Gelsenkirchen die Elternbeiträge seit 2025 sogar komplett ausgesetzt hat, um berufstätige Familien spürbar zu unterstützen und allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu garantieren.